

**Michael Sommer**  
**Vorsitzender des**  
**Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)**

## **Politik gegen die Menschen - Deutschland in Schieflage**

**Herbstaktionen der Gewerkschaften**

**06. November 2010**

**Hannover**

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine Damen und Herren,

in unserem Land geht es sozial ungerecht zu. Deutschland ist in Schieflage.

Nachdem die Finanzhaie und Wirtschaftsspekulanten die Welt an den Rand des ökonomischen Abgrunds geführt haben, da waren wir, da waren die **Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gut genug, den ganzen Laden zu retten.**

Was wäre denn gewesen, ohne unseren Lohnverzicht bei Kurzarbeit, ohne Milliarden schwere Bankennrettungspakete, für die letztlich alle Steuerzahler gerade stehen müssen.

Was wäre denn gewesen ohne die von uns energisch geforderten Konjunkturprogramme und die von uns gegen den massiven Widerstand von Teilen der Politik und der Wirtschaft durchgesetzte Abwrackprämie?

Es ist unstrittig, dass ein Wirtschaftseinbruch von fünf Prozent dieses Land in eine soziale und wirtschaftliche Katastrophe gestürzt hätte, wären wir nicht gewesen. Ohne die Opfer der Arbeitnehmerschaft, ohne die vielfältigen Initiativen der Betriebsräte, ohne das Engagement der Gewerkschaften hätten wir heute keinen Aufschwung.

Meine Damen und Herren,

in der Krise wurden die Regierenden nicht müde, den **sozialen Ausgleich zu predigen** und uns soziale Balance zu versprechen. Plötzlich wurde auch das Soziale an der Marktwirtschaft wieder entdeckt, nachdem drei Jahrzehnte lang alles getan wurde, gute Arbeit durch schlechte zu ersetzen und die Reichen reicher und die Armen ärmer zu machen.

Wie immer, wenn das Kapital die Karre in den Dreck fährt, sind es die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die es wieder richten müssen. Und jetzt, wo es vermeintlich wieder aufwärts geht, werden wir behandelt nach dem alten Motto: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.

Doch so haben wir nicht gewettet. **Wir fordern unseren gerechten Anteil.** Wir wollen eine faire Behandlung. Und wir wollen nicht allein für eine Krise bezahlen, die wir nicht verursacht haben.

Kolleginnen und Kollegen,

es ist unerträglich, wie sich die **selbsternannten Eliten** in unserem Land verhalten. Sie sind keine Vorbilder, im Gegenteil, sie haben sich aus unserer Gesellschaft verabschiedet. Sie leben längst in einer Parallelgesellschaft von Boni und Millionengehältern, von Milliardenvermögen und Privatuniversitäten.

Und wie alle Herrschenden halten sie sich ihre Hofschranzen und Gaukler, so zum Beispiel Fernsehphilosophen und Ökonomen, die allen Ernstes behaupten, dass man die Reichen von der Steuerpflicht entbinden und es ihrem Gutdünken überlassen sollte, ob, wie und wofür sie sich finanziell am Staatswesen beteiligen.

Ich rede von verantwortungslosen Managern, die ehrliche Arbeit, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verachten, die uns bekämpfen und sich für etwas Besseres halten. Sie stellen sich über das Gemeinwesen, in vielen Fällen sogar über das Gesetz. In der Krise sind sie abgetaucht und jetzt machen sie weiter, als wäre nichts geschehen.

Es ist der eigentliche **Skandal unserer Zeit, dass diejenigen, die uns mit ihrer grenzenlosen Gier in diese Krise gestürzt haben, sich heute wieder ungehemmt die Taschen füllen und füllen können** – weil die Politik ihnen nicht in den Arm fällt, sondern im Gegenteil, sich ihren Interessen beugt.

Es ist ein altes Spiel, das hier gespielt wird. Es ist nicht modern, was wir erleben, sondern ewig gestrig. Denkt nur an die **Maßhalteappelle der Arbeitgeber zu unseren Lohnforderungen.**

Wenn es gut läuft, dann sind hohe Lohnforderungen stets der Untergang des Abendlandes und wenn es schlecht läuft, dann sind Lohnforderungen Gift für die Konjunktur. Nur bei den Managergehältern gilt diese Regel nicht. Deren Gehälter steigen immer.

Heinrich Heine hat das auf den Punkt gebracht: Denn sie predigen öffentlich Wasser und trinken heimlich Wein. Und die Politik, allen voran die Bundeskanzlerin, sang in der Krise das Hohe Lied der sozialen Marktwirtschaft. Und was ist davon übrig geblieben?

**Ein Land in Schiefelage, ein Land der Konfrontation des Kapitals, ein Land, dessen soziale Ordnung Stück für Stück zerstört wird beziehungsweise zerstört werden soll.**

Kolleginnen und Kollegen,  
dazu sagen wir ganz klar Nein. Das nehmen wir nicht widerstandslos hin. Und wir werden nicht müde zu kämpfen, bis wir eine wirklich gerechte soziale Ordnung erkämpft haben.

Wir werden nicht müde werden zu kämpfen für **gute Arbeit**, denn wir wollen uns mit Lohndumping und dem Raubbau an Arbeitnehmerrechten nicht abfinden. Wir wollen **anständige Löhne**, von denen man leben kann. Ohne Zuschüsse des Staates. Ohne die Aufstockung durch Hartz IV.

**Armutslöhne und staatliche Lohnsubventionen** für Ausbeuter **verletzen die Menschenwürde**. Das ist unerträglich und wir werden uns damit niemals abfinden. Auch deshalb geht der Kampf für einen allgemeinen existenzsichernden Mindestlohn weiter.

Wir wollen die **Gleichbehandlung jeder Arbeit**. Wir wollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Männer und Frauen, und wir wollen die Gleichbehandlung der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter in den Betrieben, Verwaltungen oder sozialen Einrichtungen. Wir verteidigen den sozialen Schutz in der Arbeit und wollen sichere Arbeitsplätze statt Prekarität und Entrechtlichung.

Kolleginnen und Kollegen,  
gut ein Jahr nach der Bundestagswahl hat **schwarz-gelb die Maske fallen lassen**. Sicher, das Milliarden Geschenk an die Hoteliers oder die spätrömischen Dekadenzvorstellungen des Vizekanzlers zeigten schon, mit wessen Geistes Kind wir es zu tun haben.

Aber mit Rücksicht auf die Krise, wohl auch mit Blick auf die Wahl in Nordrhein-Westfalen wurde im ersten Jahr von schwarz-gelb noch nicht gleich zum großen Schlag ausgeholt – nein, es wurde rumgestümpert und taktiert, die selbst ernannte Gurkentruppe übte noch.

Doch nun ist der **Herbst der Entscheidungen** angebrochen. Und es gibt kaum ein Politikfeld, in dem die Regierung nicht **Front macht gegen die Mehrheit der Menschen**.

Es gibt kaum ein Politikfeld, in dem nicht versucht wird, es dem Kapital wieder Recht zu machen. Es gibt kaum ein soziales Gebiet, in dem nicht weiter Politik gemacht wird gegen Rentner und Alte, gegen Dauerarbeitslose und gesetzlich Krankenversicherte. Und auch unsere Jugend soll weiter betrogen werden mit einem verlogenen Ausbildungspakt.

Selbst das viel gerühmte **Beschäftigungswunder ist eine Mogelpackung** – das gibt neuerdings sogar die Bundesagentur für Arbeit zu. Nicht 2,9 Millionen Menschen sind in diesem Land arbeitslos – was schlimm genug wäre. Nein. Es sind tatsächlich 4,3 Millionen Menschen, die offiziell Arbeit suchen. Und der Rest wird weiter nicht gezählt. Damit wir uns recht verstehen: Selbst diese Zahlen wurden nur erreicht, weil mit der Agenda 2010 massiv ein Niedriglohnsektor in diesem Land geschaffen und im Übrigen kein Statistiktrick ausgelassen wurde.

Denn nach OECD-Zahlen leben rund ein Viertel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Armutslöhnen. Bei den jungen Menschen unter 25 Jahren ist es sogar fast die Hälfte. Und ich will nicht verschweigen, dass gerade die **Jungen in diesem Land um Ausbildung und Zukunft betrogen** wurden und weiter betrogen werden. Jetzt schwadronieren sie von einem Facharbeitermangel, den sie selbst produziert haben.

Wenn 19 Prozent der Menschen zwischen 20 und 30 Jahren keine abgeschlossene Berufsausbildung haben, dann sind das **1,5 Millionen Opfer eines schlechten Schulsystems und mangelnder Ausbildungsbereitschaft der Unternehmer**.

Dass unglaublich viele junge Menschen in diesem Land nicht wissen können, was eine unbefristete Beschäftigung ist, dass sie mit unbezahlten Praktika abgespeist und in vielfältigster Weise um ihre

Lebenschancen betrogen werden, ist für eines der reichsten Länder der Erde mehr als ein Armutszeugnis.

Kolleginnen und Kollegen,  
dieses Land ist in Schieflage und wir müssen dafür kämpfen, dass dieses Land in Ordnung gebracht wird. Natürlich steht für uns das **Thema Arbeit an erster Stelle**. Denn es ist ja die **Arbeit, die alle Werte schafft**. Gut bezahlte, sichere Arbeit ist die wichtigste Voraussetzung für tragfähige soziale Sicherungssysteme, für einen handlungsfähigen Sozialstaat, für Innovation und Zukunftsfähigkeit.

Deswegen wehren wir uns heute nicht nur **gegen den Ausverkauf guter Arbeit, gegen die Zerstörung anständiger Arbeitsverhältnisse durch den Missbrauch von Leiharbeit, Ein-Euro-Jobs, Armutslöhne oder den Missbrauch von Befristungen**.

Es ist schlimm, dass sich diese **Regierung zum willfährigen Helfershelfer der Interessen von Arbeitgebern und Besitzenden macht**. Es ist schlimm, an wie vielen Beispielen wir diese Anklage festmachen können: Ich denke da zum Beispiel an das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung und den Plan, in Zukunft alle Kostensteigerungen nur noch den Versicherten und das dann auch noch in Form von Kopfpauschalen aufbürden zu wollen.

Ich denke da zum Beispiel an den Deal mit der **Atomlobby**, die bestellt und die Regierung liefert. Die können sich aussuchen, ob, inwieweit und in welcher Form sie sich finanziell dafür bedanken wollen, dass die Regierung den Atomkompromiss in ihrem Auftrag aufkündigt. Mit Verträgen zwischen Staat und Energiekonzernen sollen politisch andere Entscheidungen in der Zukunft unmöglich gemacht werden. Stuttgart 21 lässt grüßen.

**In Mittelamerika nennt man das Bananenrepublik. In Mitteleuropa macht es die Demokratie kaputt.** Und nun muss die Frage erlaubt sein, ob wir in einem Land leben, in dem die Unternehmer bestimmen. Leider muss man sie mit 'Ja' beantworten.

Wir haben das erlebt beim **Ausbildungspakt**, wir haben das erlebt beim Aufkündigen des Energiekompromisses, wir haben es erlebt, als es über Nacht möglich war, Hunderte von Milliarden zu mobilisieren, um die Banken zu retten und es auch in zwei Jahren nicht möglich war, deren Treiben dauerhaft einen Riegel vorzuschieben.

Kolleginnen und Kollegen,  
wir demonstrieren heute auch dafür, dass endlich wieder **Demokratie und Politik das Sagen haben** über Entscheidungen für unser Gemeinwesen. Wir demonstrieren dafür, dass unsere Interessen berücksichtigt werden und nicht allein die der wirtschaftlich Mächtigen.

Auch dafür ein Beispiel: Uns wird vorgegaukelt, die **Rente mit 67** sei unausweichlich. Und das auch noch gesetzeswidrig: Denn die Beschäftigungslage der Älteren lässt auch arbeitsmarktpolitisch die Einführung der Rente mit 67 gar nicht zu.

Tatsächlich soll die Rente mit 67 eingeführt werden, damit die künftigen Rentnerinnen und Rentner mit Rentenkürzungen die Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung stabil halten. Rechnerisch würde der Verzicht auf die Rente mit 67 maximal 0,6 Prozent höhere Rentenversicherungsbeiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemeinsam bedeuten. Nicht mehr und nicht weniger. Aber solange bei der Rente oder in der Gesundheit jede Erhöhung von Arbeitgeberbeiträgen zum Tabu erklärt wird, müssen wir blechen. Wir sollen mit Rentenkürzungen und höheren Krankenversicherungsbeiträgen die Gewinne der Unternehmen vermehren. Das ist die Wahrheit, wenn diese Regierung von mehr Netto spricht. Sie meinen nicht unser Netto, sondern das der Unternehmen.

Ein zweites Beispiel. Auch in der **Steuerpolitik** geht es weiter mehr als ungerecht zu. Angeblich müssen 70 Milliarden Euro im Bundesetat eingespart werden, um der völlig unsinnigen und vor allem unsozialen Schuldenbremse gerecht zu werden. Frei nach dem Motto: Erst bauen sie die Falle auf, und dann schubsen sie uns hinein.

Nun sind wir nicht die Schuldenmacher der Nation. Aber wir sind der Auffassung, dass Zukunftsinvestitionen des Staates, dass Investitionen in die öffentliche Infrastruktur die notwendigen Investitionen in Krippen, Kindertagesstätten, Ganztagschulen und Universitäten eine Generationenaufgabe

sind, die so lange auch mit neuen Schulden finanziert werden müssen, wie der Staat unterfinanziert ist.

Um es ganz deutlich zu sagen: **Nicht wir haben über unsere Verhältnisse gelebt.** Auch nicht der Sozialstaat. Sondern die Finanzkrise des Staates hat im Wesentlichen zwei Ursachen: Sie ist verursacht durch die lang anhaltende Massenarbeitslosigkeit und die unglaublich miese Steuermoral von Deutschlands Eliten.

Die haben in den vergangenen Jahrzehnten durchgesetzt, dass **Deutschland für sie eine Steueroase** wurde. Steuerflucht, Unternehmenssteuersenkungen, der Verzicht auf die Vermögenssteuer, eine viel zu niedrige Erbschaftssteuer, die steuerliche Begünstigung von Kapitaleinkommen und haben diesen Staat arm gemacht und insbesondere die Kommunen an den Rand des Ruins getrieben.

Und abermals hören wir das gleiche Lied. **Wir sollen dafür gerade stehen.**

- **Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mit Lohnverzicht und unsicheren Arbeitsplätzen,**
- **die Bürgerinnen und Bürger mit Privatisierungswahn und schlechterer öffentlicher Infrastruktur**
- **und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die sozial Schwachen mit neuen steuerlichen Belastungen oder Streichorgien im Sozialbereich.**

Dabei gibt es auch dafür vernünftige Alternativen. Wir haben keinerlei Problem, dem Finanzminister vorzurechnen, wie er statt 70 Milliarden Euro bei den kleinen Leuten zu sparen, **70 Milliarden bei den Reichen holen kann.**

- 12 Milliarden durch die längst überfällige Einführung einer Finanztransaktionssteuer,
- 22 Milliarden durch die konsequente Bekämpfung von Steuerflucht und einen energischen Steuervollzug
- 6 Milliarden Euro durch die Abschaffung der Abgeltungssteuer
- eine Milliarde kann man bei den Hoteliers zurückholen
- 16 Milliarden brächte eine Vermögensabgabe
- 6 Milliarden eine anständige Erbschaftssteuer
- 3,5 Milliarden die Einführung einer Gemeindefinanzsteuer, die endlich den Kommunen eine dauerhafte Einnahmehasis sichern würde
- 2,5 Milliarden durch die Rücknahme nur des jüngsten Steuergeschenks an die Unternehmen und nicht zuletzt kann man auch noch
- 3,2 Milliarden aus der Brennelementesteuer erzielen.

Und wenn diese 70 Milliarden Euro immer noch nicht reichen, dann braucht man noch lange nicht an die Mehrwert- oder die Tabaksteuer zu denken. Man könnte zum Beispiel den Körperschaftssteuersatz von 15 auf 25 Prozent anheben und so weitere 11,5 Milliarden Euro erzielen.

**Merke: Es gibt zu dieser Regierungspolitik vernünftige Alternativen.** Man muss sie nur durchsetzen. Und das werden wir immer wieder sagen. Damit niemand behaupten kann, der schwarz-gelbe Unsinn sei alternativlos.

Kolleginnen und Kollegen,

**dieses Land braucht einen Kurswechsel.** Wir brauchen mehr soziale Gerechtigkeit. Wir brauchen eine soziale Ordnung, die den Namen auch verdient. Dafür demonstrieren wir in diesen Tagen und Wochen. In den Betrieben und Verwaltungen, aber auch auf den Straßen und Marktplätzen dieser Republik.

Es kann sein, dass **schwarz-gelb meint, unsere Proteste aussitzen zu können.** Es kann sein, dass das Kapital weiter auf dem hohen Ross sitzt und meint, es könnte auch in Zukunft die Puppen tanzen lassen.

Beide sollten wissen: Damit werden wir uns niemals abfinden. Wir werden weiter kämpfen gegen diese Kumpanei von Kapital und Politik. Wir werden nicht einknicken, denn wir sind angetreten, die Interessen der arbeitenden Menschen zu verteidigen und sozialen Fortschritt durchzusetzen.

Glückauf!